



Barbara Woltmann

Berliner Wochenbericht

Februar 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Weitere Maßnahmen für die Innere Sicherheit

Nachdem unser Bundesinnenminister de Maizière bereits im Januar eine Sicherheitsoffensive angekündigt hatte, lässt er nun seinen Worten Taten folgen. Mehrere Gesetzesentwürfe zur Verbesserung der Inneren Sicherheit, die ich unterstütze, haben nun das Bundeskabinett passiert und werden in den kommenden Sitzungswochen im Bundestag beraten. Unter anderem sollen zukünftig unsere Sicherheitsbehörden bei Fluggesellschaften vorhandene Daten über Passagiere und ihre Flüge nutzen dürfen, um Terror-Straftaten und andere schwere Kriminalität aufdecken und verfolgen zu können. Durch den europaweiten Austausch der Fluggastdaten stärken wir die Innere Sicherheit in Deutschland und in ganz Europa erheblich. Denn künftig können die Reisebewegungen von Terroristen, Schwerstkriminellen und Gefährdern besser nachvollzogen werden. Die IT-Grundstruktur unserer polizeilichen IT-Systeme wird mit dem Gesetz zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtes endlich grundlegend modernisiert. Ich halte es für richtig, dass mit dem Gesetzesentwurf zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht nun auch Handydaten durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgelesen werden können, um Identitätstäuschungen und Erschleichung von Sozialleistung durch Asylbewerber zu verhindern.

Schutz für Polizisten und Rettungskräfte weiter verbessert

Wir haben in der vergangenen Woche im Bundestag ein unmissverständliches Signal gesetzt, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. In erster Lesung brachte die Regierungskoalition einen Gesetzesentwurf zum Schutz für Polizeibeamte, Soldaten und Rettungsdienste ein. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen. Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine härtere Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt, die ich gerne auf 6 Monate erweitern möchte, und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz von Körperkameras, sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen. Ich befürworte diese Maßnahmen sehr, da auch ich es als nicht hinnehmbar empfinde, dass Polizeibedienstete, Soldaten und Rettungskräfte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zunehmend massiv behindert und angegriffen werden.

Vorschau- Termine Februar/März 2017

Berlin

5.-6. März

Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zollpackhof
Berlin

10. März, 10.00 Uhr

Koordinierungsrunde der Innen- und Rechtspolitiker der Union im Deutschen Bundestag, Europäischen Parlament und aus den Ländern

Reichstagsgebäude
Berlin

27. März, 11.00 Uhr

Beiratssitzung des Bündnis für Demokratie und Toleranz

Berlin

Wahlkreis

20. Februar, 19.00 Uhr

Politischer Stammtisch

Ratskeller, Markt 1
Oldenburg

21. Februar, 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde in Oldenburg

Wahlkreisbüro, Unterm Berg 20
Oldenburg

15.-16. März

Besuch des taiwanischen Botschafters, Prof. Dr. Shieh, im Wahlkreis

Oldenburg/Ammerland

18. März, 9.00 Uhr

Landesparteitag des CDU-Landesverbandes Oldenburg

Gorch-Fock-Haus
Wilhelmshaven

Kontakt

Büro Berlin

Barbara Woltmann MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227-78366

barbara.woltmann.ma04@bundestag.de

Berliner Wochenbericht

Februar 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Zukunft Regionaler Wirtschaftspolitik

Seit 1969 ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein zentrales Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen. Basierend auf der GRW wollen wir in dem gemeinsam mit der SPD eingebrachten Antrag ein integriertes, gesamtdeutsches Förder-system ab 2020 aufbauen. Es geht darum, die zum Teil erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Landkreisen und Regionen in Deutschland zu verringern. Unsere Aufgabe als Gesetzgeber ist es, dem Auftrag aus dem Grundgesetz zu folgen und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Dabei geht es um gleiche Chancen für die Menschen in allen Regionen und um die Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung durch eine ausge-wogene Raumentwicklung in ganz Deutschland. Das ist die zentrale Aufgabe regionaler Wirtschaftspolitik. Das gemeinsame Instrument von Bund und Ländern, die oben genannte GRW, wird sinnvoll ergänzt durch europäi-sche Struktur- und Investitionsfonds. Daneben ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ein wichtiges Instrument des Bundes für ländliche Räume. Nun gilt es, diese Instrumente sinnvoll über die Förderperiode nach 2020 hinaus kontinuierlich weiterzuentwickeln und den aktuel-len Herausforderungen anzupassen.

Ich spreche mich dafür aus, den künftigen regionalpolitischen Bericht nicht nur auf die GRW zu beschränken, sondern auf die Aktivitäten des Bundes zu regionalpolitischen Maßnahmen in strukturschwachen Regionen insge-samt auszuweiten und damit einem integrierten Ansatz gerecht zu werden.

Mehr Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen

Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit muss eine Selbstverständ-lichkeit sein. Niemand möchte, dass seine Töchter schlechter bezahlt werden als seine Söhne. Wie im Koalitions-vertrag vereinbart, haben wir vergangene Woche in erster Lesung ein Entgelttransparenzgesetz beraten, um das Verbot der Lohndiskriminierung in der Praxis durchzusetzen und um zu ermöglichen, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Bezahlung leichter erkannt und beseitigt werden kann.

Red Hand Day - Kinder sind keine Soldaten!

Weltweit wird am 12. Februar mit dem „Red Hand Day“ auf das Schicksal von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht, die als Kindersoldaten missbraucht werden. Zusammen mit meiner Praktikantin, die Jura-Studentin Luise von Braunschweig, die ich herzlich für die kommenden fünf Wo-chen in meinem Berliner Büro begrüße, setzten wir im Bun-destag mit einem roten Handabdruck ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten.

Das Symbol der Aktion, die rote Hand, steht dabei für das "Nein" zur Rekrutierung und den Einsatz von Kindersolda-ten. Meinen Handabdruck habe ich mit dieser Forderung ver-sehen: Kinder sollen spielen - niemals Soldat sein!

